



Bundeswehr im Berufswahlseminar

Wie viel Meinungsfreiheit gestattet der Schulbetrieb?

Foto: fotolia - Oleksii Nykonchuk

4. Juli 2015 – Ausbildungsmesse Bamberg: Mehr als 100 Aussteller präsentieren Schüler*innen im Übergang von Schule in den Beruf ihre Ausbildungsangebote und Karrieremöglichkeiten. Von Aldi Süd und den Bamberger Zahnärzt*innen bis zur Sparkasse Bamberg und dem Zoll. Und mitten drin – die Bundeswehr. Als zahlungskräftiger Aussteller ist sie bei Bildungs- und Berufsmessen bundesweit vertreten, Tendenz steigend. 2014 erhöhte sie ihre Präsenz von 600 auf 1.000 Veranstaltungen und erreichte mit 185.000 Schüler*innen doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Nach wie vor präsentiert sie sich als Arbeitgeber wie alle anderen und betont ihre familienfreundlichen Arbeitszeiten. Auch Schulen geben der Bundeswehr häufig die Möglichkeit, sich bei Berufsinformationstagen darzustellen.¹

Vergangenen Januar war dies an einer städtischen Wirtschaftsschule, wiederum in Bamberg, der Fall. Die Teilnahme der Bundeswehr am »Berufswahlseminar« dieser Schule sollte jedoch Aufsehen erregen.

1 Eine quartalsbezogene Auflistung von Bundeswehr-Werbeaktionen findet man unter: ulla-jelpke.de/2015/06/liste-der-bundeswehr-reklamertermine-im-dritten-quartal/

Protest mit Folgen

Nachdem ein 17-jähriger Schüler sich kritisch gegen die Anwesenheit der Bundeswehr geäußert hatte, verließ er zur Pause mit seinen Mitschüler*innen den Raum. Er ging zu Infoständen vor dem Schulgebäude, an denen einige Organisationen gegen die Rüstungsindustrie und das Militär an Schulen und Hochschulen protestierten. Der Schüler selbst ist Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA). Als er nach einiger Zeit in das Schulgebäude zurückkehren wollte, hinderten ihn die Hausmeister der Schule daran und verständigten die Polizei. Er erhielt einen Platzverweis, dem er nachkam. Am 3. Februar erhielt der Schüler einen »verschärften Verweis« nach Artikel 86 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG). Darin wird ihm vorgeworfen, »im Zusammenhang mit einer Aktion gegen die Bundeswehr am Berufswahlseminar am 29.1.2015 (...) durch Provokationen seine Meinung derart beharrlich« vertreten zu haben, »dass ein Polizeieinsatz notwendig geworden ist«. Der von der Klassenleiterin

und dem Schulleiter unterzeichnete Verweis enthielt zudem die Aussage, dass der Schüler seit Anfang des Schuljahres »mit seiner politischen, zweifelhaft linksorientierten Gesinnung« auffalle.²

Der Schüler tat das einzig Richtige in dieser Situation: Er formulierte eine Stellungnahme zu dem Erlebten und setzte sich mit einer Online-Zeitung in Verbindung. Diese veröffentlichte noch am gleichen Tag seine Stellungnahme zusammen mit Pressemitteilungen der Stadt Bamberg und der VVN-BdA.³ Auch die GEW Bamberg bezog auf ihrer Homepage Position gegen den Verweis.⁴ Der Fall kam in den folgenden Wochen nicht nur in die regionale Presse, sondern wurde u. a. auch in der »taz«, in den »nachdenkseiten« und »spiegel.online« sowie in der Tageszeitung »junge Welt« skandalisiert. Vertreter*innen der Stadt wandten sich schließlich direkt an die Schulleitung. Ergebnis: Anfang März zog diese den verschärften Verweis zurück.

2 <https://app.box.com/shared/tg4eiq3xz3ezfdz32bk8rnk99nuett/1/3143021309/26489793273/1>

3 bamberger-onlinezeitung.de/2015/03/02/berufsinformationstag-an-der-graf-stauffenberg-wirtschaftsschule-verweis/

4 bamberg.gew-oberfranken.de

Der Fall an der Wirtschaftsschule in Bamberg macht deutlich, wie Schulleitung und Klassenlehrerin den Protest eines Schülers gegen die Anwesenheit der Bundeswehr an seiner Schule bewerten: als »Provokation« und »Störung des Schulbetriebs« (Zitate aus dem verschärften Verweis). Grundlegend anders sieht das die GEW.

Kampagne »Lernen für den Frieden«

Auf ihrem Gewerkschaftstag 2013 beschloss sie: »Bildung und Wissenschaft müssen im Interesse aller Friedensvoraussetzungen ergründen und gegen Kriegsursachen, Kriegsprofiteure und Kriegsideologie aufklären. Deshalb setzt sich die GEW für die ersatzlose Aufkündigung von Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schulministerien sowie für Zivilklauseln an Hochschulen, anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und in Hochschulgesetzen ein. Sie trägt zur inhaltlichen Rekonstituierung und Weiterentwicklung einer antimilitaristischen Friedensbildung bei. Um dies gemeinsam mit Initiativen vor Ort voranzubringen, unterstützt die GEW (...) die Unterschriftensammlung »Lernen für den Frieden – Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen.«⁵

Im Oktober vergangenen Jahres überreichten Vertreter*innen der Kampagne der Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) über 23.000 Unterschriften.⁶ Die bundesweit erscheinende E&W berichtete für die GEW darüber, die Mitgliederzeitschriften und Homepages der Bündnispartner für ihre Mitglieder und Aktiven – und dann? Was hat die Kampagne bewirkt? Wozu hat sie beigetragen, bundesweit oder in einzelnen Landesverbänden?

Außer Zweifel steht, dass sich durch Kampagnen wie »Lernen für den Frieden« die beteiligten Organisationen und Initiativen enger vernetzen können. Ein Blick auf die Homepage des GEW-Hauptvorstands zeigt, dass dies der Fall ist mit dem Netzwerk Friedensbildung und dem Netzwerk Friedenspädagogik sowie mit

»Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« und »Schule ohne Militär« (gew.de/schule/bundeswehr/). Was die einzelnen GEW-Landesverbände gegen die Bundeswehr an Schulen/Hochschulen auf die Beine stellen und mit wem sie Bündnisse eingehen, findet man auf dieser Homepage ebenfalls, allerdings unvollständig bzw. nicht aktualisiert.

Bayernweite Vernetzung kommt voran

Stephan Lippels von der AG Friedliche Schule und Hochschule bewertet die Wirkung der Kampagne positiv. »Solch breite Bündnisse, in denen das Gemeinsame betont wird, helfen gegen das Gefühl, Einzelkämpfer zu sein. Sie erweitern den Blick sowohl politisch als auch für andere Quellen oder Aktionsformen.«

Wie auf Bundesebene beschloss auch die GEW Bayern zuletzt 2014, verstärkt für die Verankerung der Zivilklausel an Hochschulen und für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr zu suchen und Auftritten an Schulen einzutreten (siehe auch den »Augsburger Aufruf: Bildung für den Frieden!« vom November 2013). Diese Forderungen, verbunden mit dem Aufruf »Widerstand in Bayern bündeln!«, betitelten das Thema einer Konferenz des Landesvorstands der GEW Bayern und des Landesbezirks von ver.di im gleichen Jahr. Regelmäßige bayernweite Vernetzungstreffen dazu wurden vereinbart.⁷

Am 26. September 2015 wird im DGB-Haus in Ingolstadt das zweite bayernweite Vernetzungstreffen stattfinden. Im Mittelpunkt werden wieder Berichte aus den Schulen und Hochschulen stehen, aber auch, wie das Thema Militarisierung und Umgang mit der Bundeswehr in den Gemeinden behandelt wird. Michael Schulze von Glaßer von der Informationsstelle Militarisierung wird über den bundesweit begangenen Tag der Bundeswehr am 13. Juni und die Proteste dagegen berichten. Was ab Herbst auf die Schulen und Berufsinformationstage zukommt, wird er anhand der aktuellen Rekrutierungskampagne »Aktiv. Attraktiv. Anders – Bundeswehr in Führung« beschreiben.⁸

Die AG Friedliche Schule und Hochschule ist für Bayern die Beratungs- und Vernetzungsstelle, an die sich Lehrkräfte und Schüler*innen, die etwas gegen die Präsenz der Bundeswehr an ihrer Schule tun möchten, wenden können. Ein Ziel der Vernetzung ist, an mehreren Orten in Bayern Kontaktpersonen zu haben, die mit den örtlichen Strukturen vertraut sind, Unterstützung geben und Gegenposition beziehen können.

Der Fall an der städtischen Wirtschaftsschule in Bamberg zeigt, wie wichtig es ist, schnell und gut vernetzt zu reagieren. Und er zeigt, wie eine antimilitaristische Haltung, die in den Strukturen einer Schule als »Provokation« und »Störung« wahrgenommen wird, in den Medien Unterstützung findet, die Wirkung hat. Für die Öffentlichkeitsarbeit der GEW, auf Landes- und Bundesebene, sollte Lernen für den Frieden und Antimilitarismus deshalb ein Dauerthema sein.

Kontakt: AG Friedliche Schule und Hochschule der GEW München: gew-muenchen.de/aktive/friedlicheschule sowie Stephanlip@web.de



von Ute Schmitt

Dozentin in der Erwachsenenbildung und Mitglied der DDS-Redaktion



**AG
Friedliche
Schule und
Hochschule**



EINLADUNG

zum 2. bayernweiten Vernetzungstreffen

am 26. September 2015

im DGB-Haus,

Paradeplatz 9, 85049 Ingolstadt

von 10.00 bis 17.00 Uhr



Antikriegsaktion am 1. Mai 2015 in München

5 gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/lernen-fuer-den-frieden-beschluss-des-gew-gewerkschaftstags/

6 Unterstützt wurde die Kampagne außerdem von Schüler*innen- und Studierendenvertretungen, Wissenschafts- und Friedensorganisationen, ver.di und DGB sowie christlichen Bündnissen. Unterschriften wurden gesammelt bis zum Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015. Mehr dazu unter lernen-fuerdenfrieden.de

7 Vgl. »Wider den neuen Werbefeldzug« von Stephan Lippels in DDS Mai 2015, S. 23

8 Siehe gew-muenchen.de/aktive/friedlicheschule/. Einladungsflyer wird in den nächsten Wochen verschickt.